

Ratspräsident Ivano De Gobbi
c/o Stadtkanzlei
Stadthaus, Gubelstrasse 22
6300 Zug

Parlamentarischer Vorstoss GGR
Eingang : 24.04.2025
Bekanntgabe im GGR : 29.04.2025

Zustellung per E-Mail an: petra.stalder@stadtzug.ch

Zug, den 23. April 2025

Interpellation:

Einmischung des Stadtrats in einer kantonalen Abstimmung?

Am Donnerstag, 17. April 2025 warb Stadtpräsident André Wicki in der Zuger Zeitung im Rahmen eines halbseitigen Inserates für ein zweifaches Nein zur Mehrwertinitiative und zum Gegenvorschlag vom kantonalen Urnengang vom 18. Mai 2025. Dieses Inserat erweckt den Anschein, dass sich der Stadtrat als Ganzes sowohl gegen die Mehrwert-Initiative der SP als auch gegen den Gegenvorschlag des Kantonsrates ausspricht. Letzterer wird sowohl vom Kantonsrat als auch dem Regierungsrat zur Annahme empfohlen.

Ebenfalls verschickte das Nein-Komitee einen Flyer, in welchem sich der Stadtpräsident mit Foto wie folgt zitieren lies: «Es ist falsch, die Gemeinden zu zwingen, eine neue Abgabe von den Bürgern zu verlangen. Dies widerspricht unserer föderalen Tradition.»

In der GGR-Vorlage Nr. 2857 vom 16. Januar 2024 war bereits einmal die Einmischung des Zuger Stadtrats hinsichtlich einer kantonalen Abstimmung ein Thema. Damals führte der Stadtrat unter Verweis auf zwei Bundesgerichtsentscheide aus, dass Behörden der durch einen kantonalen Entscheid betroffenen Gemeinde **ausnahmsweise** ihre eigene Sichtweise darlegen dürften. Vorausgesetzt sei jedoch eine **besondere Betroffenheit** und die Beachtung der **Sachlichkeit, Transparenz und Verhältnismässigkeit**.

Zum nun gewählten Vorgehen stellen sich folgende Fragen:

1. Inwieweit sieht der Stadtrat eine besondere Betroffenheit der Stadt Zug hinsichtlich der kantonalen Abstimmung vom 18. Mai 2025?
2. Welches sind die Beweggründe des Stadtrates, sich gegen den Regierungsrat und gegen den Kantonsrat zu stellen, die den Gegenvorschlag zur Annahme empfehlen?
3. Erachtet der Stadtrat den Auftritt in reisserischen Inseraten und Flyern eines Komitees tatsächlich als sachlich und verhältnismässig? (Alarmfarben Rot/Schwarz, Schlagworte «gefährlich», «extrem», «es ist falsch», Angstbild mit schockierter Familie)
4. Wer hat die Kampagnenelemente finanziert?
 - a. Beteiligt sich die Stadt Zug an den finanziellen Aufwänden? Falls ja, in welcher Höhe?
 - b. Welche Möglichkeiten hat der Stadtrat im Allgemeinen, um politische Kampagnen zu finanzieren?

5. Wann und nach welchen Kriterien entschied der Stadtrat im vorliegenden Fall darüber, inwiefern er sich öffentlich in die Abstimmungskampagne einbringt? Gibt es dazu protokollierte Entscheide? Wie gewährleistet der Stadtrat parteipolitische Unabhängigkeit und Sachlichkeit?
6. Innert kürzester Zeit engagiert sich der Stadtrat erneut im Rahmen einer kantonalen Abstimmung. Müssen die Stimmberechtigten und die Parteien nun bei jeder kantonalen Abstimmung davon ausgehen, dass der Stadtrat sich in den Abstimmungskampf einmischt? Vor diesem Hintergrund: Wie definiert der Stadtrat «ausnahmsweise»?
7. Gibt es Berechnungen, welches finanzielle Einnahmepotenzial infolge des Mehrwerts die Stadt Zug bei Annahme der Initiative oder des Gegenvorschlags einnehmen würde bzw. auf welchen Betrag die Stadt bei einem zweifachen Nein verzichten muss? Oder auf welche anderen Fakten stützt sich die Meinungsbildung des Stadtrats?

Wir bitten um mündliche Stellungnahme an der GGR Sitzung vom 29. April 2025 und danken für die schriftliche Beantwortung der Interpellation.

Florin Meier
die Mitte – Stadt Zug

Stefan W. Huber
GLP

Martin Iten
CSP

Beilage:

- Abstimmungsflyer (ging vermutlich in alle Haushaltungen der Stadt Zug)



«Es ist falsch, die Gemeinden zu zwingen, eine neue Abgabe von den Bürgern zu verlangen. Dies widerspricht unserer föderalen Tradition.»

André Wicki
Stadtpräsident Zug



«Als Wohnbaugenossenschaft setzen wir uns täglich für bezahlbaren Wohnraum ein. Doch diese Initiative und der Gegenvorschlag führen zu massiv höheren Kosten. Sie schaden dem gemeinnützigen Wohnungsbau.»

Karl Bürgler
Vizepräsident Liberale Baugenossenschaft Baar



«Diese Initiative und ihr Gegenvorschlag sind Gift für den Wohnmarkt. Die Vorlagen verteuern und verknappen den Wohnraum.»

Thomas Aeschi
Vizepräsident Hauseigentümerverband Zugerland

Nicht vergessen: Am 18. Mai 2025
2✖NEIN zur Initiative und zum
extremen Gegenvorschlag.

mehrwertinitiative-nein.ch



Wohnkosten-Spirale stoppen!

Am
18. Mai 2025
abstimmen

2✖NEIN

gefährliche Mehrwertinitiative

extremer Gegenvorschlag